



14/2007

Kiel, 2. Februar 2007

## **Agrarausschussmitglieder zuversichtlich aus Berlin zurück gekehrt**

Kiel (SHL) – *Die drei Landtagsabgeordneten und Mitglieder des Agrarausschusses **Klaus Klinckhamer** (CDU), **Ulrike Rodust** (SPD) und **Günther Hildebrand** (FDP) waren gestern (1. Februar 2007) im Auftrag des Umwelt- und Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu einem Gespräch im Bundeslandwirtschaftsministerium mit dem Staatssekretär Paziorek. Zielsetzung der Schleswig-Holsteiner war die Erhaltung der Institute der BFEL (Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft) in Kiel und des Institutes für ökologischen Landbau in Trenthorst.*

In Bezug auf die Verlagerung einzelner Aufgaben von Kiel nach Braunschweig bzw. Karlsruhe konnte keine Annäherung der Standpunkte erreicht werden. Allerdings wurde seitens des Bundes zugesichert, dass die Milchforschung in vollem Umfang in Schleswig-Holstein erhalten bleibe und die Qualitätsforschung im Bereich „Fisch“ von Hamburg nach Schleswig-Holstein gehe. So könnten Arbeitsplätze im Umfang von ca. 120 - 140 erhalten bleiben. Wie in allen Bundeseinrichtungen werden allerdings jährlich ein bis zwei Prozent der Arbeitsplätze innerhalb der nächsten zehn Jahre sozialverträglich abgebaut werden müssen.

Die Abgeordneten setzten sich nachdrücklich für den Erhalt der Institute in Schleswig-Holstein ein. Nach dem vorliegenden Konzept soll auch das Institut für ökologischen Landbau in Trenthorst innerhalb der nächsten zehn Jahre nach Mariensee in Niedersachsen verlagert werden. Die Abgeordneten machten die Bedeutung des Institutes für Schleswig-Holstein nochmals sehr deutlich, indem sie darauf hinwiesen, dass der Ausbau des ökologischen Landbaus in Schleswig-Holstein große Bedeutung habe und die Nähe zu Dänemark einen sehr starken Einfluss auf den Schleswig-Holsteinischen Öko-Markt hat. Als weitere Schritte wird der Landtag das Ministerium des Landes Schleswig-Holstein bitten, dem Bundeslandwirtschaftsministerium weitere Argumente zum Erhalt des Institutes in Trenthorst zu liefern, und das Ministerium in Berlin auffordern, diese Argumente bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

„Wir sind zuversichtlich, dass unter diesen Vorzeichen eine Schließung von Trenthorst verhindert werden kann“, erklärten die drei Abgeordneten abschließend.